

Aus dem Gemeinderat – Sitzungsbericht vom 27.07.2017

Vergangene Woche tagte der Gemeinderat, nachstehend folgt die Sitzungszusammenfassung.

Grüngutsammelplatz – weitere Vorgehensweise

Der Gemeinderat hat sich in den vergangenen Sitzungen schon mehrfach mit dem Thema Grünsammelplatz, Größe des Platzes, Einzäunung, Öffnungszeiten usw. beschäftigt. Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für den Platz hat die Gemeinde beantragt. Sobald diese bei der Kommune eintrifft soll, mit der Platzgestaltung begonnen werden. Dafür ist es erforderlich, dass eine Planie hergestellt, diese asphaltiert und das Gelände eingezäunt wird. Die Lagerboxen für das Grünmaterial sind herzustellen und mit einer Überdachung zu versehen. Zudem soll ein Baucontainer für das Aufsichtspersonal aufgestellt werden. Von den vorgesehenen drei Boxen zur Lagerung des Grünmaterials sollen zunächst nur zwei erstellt werden, die einen Entwässerungsschacht für Sickerwasser erhalten. Die Boxenüberdachung ist mit einer Höhe von 6,50 Metern vorgesehen, die aus Alu-Material bestehen soll. Die Verwaltung bat den Gemeinderat um Freigabe zur Vergabe der einzelnen Gewerke, damit der Platz hergerichtet werden kann. Die Kosten dafür belaufen sich für die Herstellung der Planie, Asphaltierung, Einzäunung, Boxenherstellung auf rund 125.000 € netto. Abschließend wurde die Verwaltung einstimmig ermächtigt, die Arbeiten für die Herstellung des Grünsammelplatzes zu vergeben.

Energiebericht 2016

Anhand der Auswertung für die kommunalen Liegenschaften der Voralbgemeinden durch die KEA (Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg) wurde dem Ratsrund wiederholt erklärt, dass die Einsparmöglichkeiten für Energieverbräuche in den kommunalen Einrichtungen ausgeschöpft sind. Weitere kostenaufwändigere Maßnahmen wie z. B. Sanierung von Gebäudehüllen oder dem Einbau von neuen Fenstern amortisieren sich erst nach vielen Jahren und kosten viel Geld. Bezüglich der Umbauplanung / dem Neubau beim Kindergarten, können erst dann neue oder bessere Werte erzielt werden, wenn dieser realisiert sei. Bei den Stromverbräuchen der Schule und des Rathauses befindet man sich auf einem guten Weg. Die zwei Photovoltaikanlagen der Gemeinde auf dem Rathaus und der Schule unterstützen den Eigenenergieverbrauch, wobei es bislang leider noch keine Speichermöglichkeiten für den erzeugten Strom gibt. So benötigen z. B. Serveranlagen auch nachts Strom, der eingekauft werden muss. Evtl. kann bei der Gemeindehalle für den Energieverbrauch eine Verbindung zur Schule hergestellt werden um, dort den Strom aus der Photovoltaikanlage der Schule verwenden zu können. Im Rahmen der Diskussion wurde betont, dass die Erneuerung der Heizungsumwälzpumpen umgesetzt werden sollte, um die Energieverbräuche dafür zu senken. Evtl. könnte auch angedacht werden, die Heizung der Schule und der Gemeindehalle mit der des Feuerwehrhauses zu verbinden. Dies soll geprüft werden. Allerdings muss hierfür eine Verbindungsleitung eingezogen werden, die mit einem erheblichen Kostenaufwand verbunden ist. Zudem müssten manche Ideen aus dem Themenbereich E-Mobilität wie tanken, Ladesäulen, etc. angedacht werden, nachdem dies die Aufgaben der Zukunft sind. Der Gemeinderat nahm den letzten Energiebericht der KEA, der nicht mehr weitergeführt wird, zu Kenntnis.

Vorberatung der Neuverpachtung des gemeinschaftlichen Jagdbezirkes Zell u. A – Neufassung der Jagdgenossenschaftssatzung – Neufassung des Jagdpachtvertrages

Aufgrund des Inkrafttretens des Jagd- und Wildtiermanagements mit der geänderten Gesetzeslage muss eine Jagdgenossenschaft einberufen werden, sofern eine Jagd an einen neuen Pächter vergeben werden soll. Dies steht in Zell u. A. an. Zur Einberufung der Jagdgenossenschaft muss ein Verzeichnis aller Mitglieder erstellt werden. Die Gemeindeverwaltung hat zwischenzeitlich das Jagdkataster fertiggestellt, so dass die Jagdgenossenschaft einberufen werden kann. Aufgrund der neuen rechtlichen Regelung hat die Jagdgenossenschaft Beschlüsse über eine neue Jagdgenossenschaftssatzung sowie einen Beschluss der Verpachtung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks zu fassen. Nachdem die Gemeinde flächenmäßig der größte Jagdgenosse mit rund 18,4 % der Jagdfläche ist, ist für die Versammlung ein imperatives Mandat für den Vertreter der Gemeinde notwendig. Dem Gemeinderat wurden der Entwurf der Jagdgenossenschaftssatzung sowie ein Entwurf des Jagdpachtvertrags vorgelegt. Aufgrund der neuen rechtlichen Regelung müssen künftig alle sechs Jahre Jagdgenossenschaftsversammlungen stattfinden. Zudem ist entweder ein Jagdvorstand zu bilden oder die Aufgabe an den Gemeinderat zu übertragen. Neu hinzugekommen sind zudem die Punkte der Rechnungsprüfung sowie die Übertragung der Verwaltung der Jagdgenossenschaft auf den Gemeinderat für 6 Jahre. Der Gemeinderat hatte zu beraten, ob die Kommune grundsätzlich bereit ist, die Verwaltung der Jagdgenossenschaft zu übernehmen. In den vergangenen Jahren wurde der Erlös aus der Jagdpacht in Absprache mit dem Landwirtschaftlichen Ortsverein für landwirtschaftliche Zwecke verwendet. BM Link betonte, dass dies auch weitergeführt werden soll. Allerdings entstehen nun durch die Verzeichniserstellung und die weiteren Schritte erhebliche Ausgaben. Im Rahmen der Diskussion wurde hinterfragt, ob es Pächter gibt, die an der Pacht interessiert sind. Die Verwaltung wird die Jagdpacht im Mitteilungsblatt ausschreiben, wobei die Gemeinde frei bezüglich der Vergabe ist. Zum hinterfragten Wildschaden wurde betont, dass es hierfür keine Versicherung gibt und der Pächter diesen aus eigener Tasche bezahlen muss. In Zell u. A. hat sich der Wildschaden bislang im Rahmen gehalten, man hofft, dies auch zukünftig regeln zu können. Einstimmig wurde der Entwurf der Jagdgenossenschaftssatzung gebilligt und die Übertragung der Verwaltung auf den Gemeinderat beschlossen. Ebenfalls wurde der Entwurf des Jagdpachtvertrags gebilligt und der Vertreter der Gemeinde ermächtigt, in der Jagdgenossenschaftsversammlung entsprechend abzustimmen.

Bausachen

Das Einvernehmen der Gemeinde wurde zum Antrag auf Nutzungsänderung Sportstudio im Wohnraum, Kirchheimer Straße 24 und 26 erteilt.

Vorberatung der Sitzung des Zweckverbandes „Gewerbepark Wängen“ am 31.07.2017

BM Link erläuterte die vorgesehene Tagesordnung mit dem Sachstandsbericht und der Feststellung der Jahresrechnung. Erfreulich sei, dass die Kommunen eine Rückzahlung aus der Verbandsumlage erhalten. Der Vermögenshaushalt schließt leider negativ mit einem Fehlbetrag in Höhe von 63.000 € ab. Dies ist dem geschuldet, dass Grundstückserlöse nicht so wie geplant eingenommen werden konnten. Allerdings berichtet der Vorsitzende erfreut davon, dass der Zweckverband zum 31.12.2016 schuldenfrei ist. Erfreulich sei auch, dass die

Gewerbesteuereinnahmen, die mit 80.000 € angesetzt waren letztendlich mit 269.110 € eingegangen sind.

Lärmaktionsplan der Gemeinde Bad Boll

BM Link erklärte, dass die Gemeinde Zell u. A. als Nachbargemeinde von Bad Boll zum Lärmaktionsplan informiert wurde. Demnach plant die Gemeinde den Lärmaktionsplan, der mit dem Büro Kölz verarbeitet worden ist, für die Landesstraße L1214 und die Badstraße Tempo 30 einzuführen, um so die Dezibelzahl zu reduzieren. Als längerfristige Maßnahme sei der Einbau eines lärmoptimierten Asphalts geplant. Der Gemeinderat nahm von den Ausführungen Kenntnis, wird dazu aber keine Stellungnahme abgeben.

Bekanntgaben

1. BM Link berichtete von der Auswertung der Tempo-30-Zone in der Kirchheimer Straße. Die Kommune hat die aufgezeichneten Messungen dem Landratsamt vorgelegt. Das Straßenverkehrsamt hat nun mitgeteilt, dass festgestellt werden kann, dass immer noch überhöhte Geschwindigkeiten gefahren werden, die Situation jedoch so belassen werden soll. Auffällig sei, dass viele nicht die Geschwindigkeit reduzieren und nicht langsamer fahren, auch wenn der Smiley rot anzeigt. Mit dem Busunternehmer wird man diesbezüglich auch Kontakt aufnehmen.
2. Der Vorsitzende gab bekannt, dass aus der Mitte der Gemeinderats angeregt worden war, im Gewerbegebiet Wängen die Vorfahrtsregelung bei Einfahrt in den Kreisel zu ändern, sodass die Straße Untere Wängen (vom Bauhof der Gemeinde kommend) nun „Vorfahrt achten“ einhalten muss. Das Landratsamt hat die Maßnahme angeordnet. Die Verkehrszeichen wurden schon entsprechend aufgestellt.
3. Ab Mitte August wird ein provisorischer Funkmast auf dem Sportgelände Zeller Berg installiert, nachdem sich die Umsetzung des Funkmastes im Zwiel aufgrund fehlender Baulastenübernahme verzögert hat.

Verschiedenes

1. Die Gemeinde Zell u. A. muss für die Gemeindehalle eine neue Geschirrspülmaschine beschaffen, nachdem das vorhandene Gerät aus Kostengründen nicht mehr repariert werden soll. Der Auftrag für die Maschine zu einem Preis von 5.729,00 € ging an die Firma Nitsch Gastronomie aus Geislingen.
2. Das Thema Vermüllung des Schulhofs wurde angesprochen. Die Verwaltung erwiderte darauf, dass es immer wieder Wellenbewegungen gibt und sich leider wieder ein paar Jugendliche an verschiedenen Plätzen in der Gemeinde rumtreiben und diese vermüllen. Man wird die Situation beobachten.

Frageviertelstunde

Kritisiert wurde der Grüngutsammelplatz in Hattenhofen, dass dort das Aufsichtspersonal nichts regelt. Der Vorsitzende erklärte, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Platzbetreiber ist. Der Platz in Hattenhofen wird über die Kanalisation entwässert. Die Gemeinde Zell u. A. muss für den Grünsammelplatz am Zeller Berg ein Dach errichten und einem Sickerwasserschacht mit rund 10m³ Fassungsvermögen einbauen. Er wundert sich darüber, dass ihm mitgeteilt wurde, dass dort Pflanzen mit etwas Erdmaterial an den Wurzeln nicht

entsorgt werden dürften. Ärgerlich seien auch die aktuellen Ablagerungen von Grünmaterial am geschlossenen Kompostplatz Zeller Berg.